



Detailansicht des Registereintrags

bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe / Frauen gegen Gewalt e.V.

Aktuell seit 14.01.2026 11:33:58

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001412
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	14.01.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Petersburger Straße 94 10247 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493032299500 E-Mail-Adressen: info@bv-bff.de Webseiten: www.frauen-gegen-gewalt.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen,
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,80

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Prof. Dr. Ute Zillig

Funktion: Vorständin

2. Ursula Schele

Funktion: Vorständin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. Katja Grieger

2. Dr. Sangeetha Manavalan-Thoppil

3. Sandra Boger

4. Claudia Igney

5. Elizabeth Ávila González

6. Rima Abramovich

7. Ricarda Kluge

8. Ceyda Keskin

9. Michaela Burkard

10. Susanne Diehr

11. Camila Lopez de Melo

12. Laila Dhimane

Gesamtzahl der Mitglieder:

231 Mitglieder am 22.12.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (7):

1. WAVE Women Against Violence Europe
2. AKF Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.
3. CEDAW-Allianz
4. Bündnis Istanbul-Konvention
5. Bündnis AGG-Reform jetzt
6. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
7. Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der sozialen Arbeit

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Diversitätspolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Gesundheitsversorgung; Cybersicherheit; Opferschutz; Asyl und Flüchtlingsschutz; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der bff ist der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Deutschland, im bff sind über 200 dieser ambulanten Fachberatungsstellen zusammengeschlossen. Sie leisten in Deutschland den hauptsächlichen Anteil der ambulanten Beratung und Hilfestellung für weibliche Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt. Hierbei geht es um Gewalt in (Ex)Partnerschaften, sexualisierte Gewalt (in Kindheit und Jugend und im Erwachsenenalter), Stalking, digitale Gewalt, psychische Gewalt und sexualisierte Belästigung, z.B. am Arbeitsplatz.

Auf der Basis der Beratungserfahrungen seiner Mitglieder leistet der bff Interessenvertretung mit dem Ziel, die Lebensbedingungen Gewaltbetroffener zu verbessern, geschlechtsspezifische Gewalt zu reduzieren und die Rahmenbedingungen der Unterstützungsarbeit zu verbessern.

Hauptanliegen der Interessenvertretung des bff sind die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland, eine flächendeckende und bedarfsgerechte qualifizierte Versorgung von Betroffenen und Bezugspersonen nach geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Gewaltprävention im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Der bff übt die Interessenvertretung aus durch das Erstellen und Verbreiten praxisfundierter Positionspapiere, Stellungnahmen und Expertisen, durch Gespräche mit relevanten Ministerien und Abgeordneten, durch die Teilnahme an themenrelevanten (fach)politischen Veranstaltungen und durch die Beteiligung an Bündnissen.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Änderung des Kindschaftsrechts und des FamFG - besseren Gewaltschutz ermöglichen

Beschreibung:

Der bff tritt dafür ein, dass in Sorge- und Umgangsrechtverfahren die Sicherheit des gewaltbetroffenen Elternteils und der Kinder Vorrang haben muss. Artikel 31 Istanbulkonvention soll in Deutschland umfassend umgesetzt werden.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von gewaltbetroffenen Personen im familiengerichtlichen Verfahren, zur Stärkung des Verfahrensbeistands und zur Anpassung sonstiger Verfahrensvorschriften (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 23.07.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2409300232 \(PDF - 11 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [SG2412180167 \(PDF - 11 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. [SG2503280193 \(PDF - 7 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen](#)

Beschreibung:

Der bff begrüßt die im Referentenentwurf vorgeschlagenen Regelungen, fordert aber darüberhinausgehende Regelungen und Maßnahmen zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 368/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13183 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Zuständiges Ministerium: BMFSFJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMFSFJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (Vorgang)

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405140026 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Einführung eines Gewalthilfegesetzes**Beschreibung:**

Der bff fordert, dass die im Koalitionsvertrag verabredete Verbesserung der Unterstützungsstrukturen bei geschlechtsspezifischer Gewalt incl. einer Bundesbeteiligung an der Regelfinanzierung durch ein Gewalthilfegesetz umgesetzt wird.

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412180166 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**Beschreibung:**

Der bff fordert eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) mit dem Ziel, dass mehr Betroffene leichter Zugang zu Diskriminierungsschutz erlangen können.

Betroffenes geltendes Recht:

AGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

5. Medizinische Akutversorgung nach sexualisierter und körperlicher Gewalt

Beschreibung:

Der bff fordert eine Verbesserung der medizinischen Akutversorgung nach sexualisierter und körperlicher Gewalt.

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]

6. Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Beschreibung:

Der bff tritt für eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein, also eine Abschaffung des §218 StGB.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406170143 (PDF)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

7. Zeugnisverweigerungsrecht für die Soziale Arbeit

Beschreibung:

Der bff tritt dafür ein, dass Sozialarbeiter*innen bzw. Mitarbeiter*innen von Fachberatungsstellen bei geschlechtsspezifischer Gewalt ein Zeugnisverweigerungsrecht bekommen.

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]

8. Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Beschreibung:

Der bff setzt sich für eine zeitnahe und umfassende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ein. Dies umfasst u.a. das Schließen von Lücken im Strafrecht bezüglich digitaler Gewalt.

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

9. Gesetz gegen Digitale Gewalt

Beschreibung:

Der bff fordert die Einführung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Gesetzes gegen digitale Gewalt zum besseren Schutz von Betroffenen vor digitalen Übergriffen.

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2503280192 (PDF - 8 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 27.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. Humanitäre Flüchtlingspolitik und Schutz geflüchteter Frauen

Beschreibung:

Der bff tritt für einen menschenrechtsbasierten Schutz von Geflüchteten sowie ihren Zugang zum recht ein. Er setzt sich dabei besonders für die Unterstützung vulnerable Gruppen von Geflüchteten ein wie geflüchtete (gewaltbetroffene) Frauen, traumatisierte Geflüchtete oder queere Geflüchtete.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AsylbLG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190163 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

11. Verbesserung des Gewaltschutzes in Einrichtungen der Behindertenhilfe**Beschreibung:**

Der bff tritt dafür ein, dass §37a SGB IX derart refoemiert wird, dass Gewaltschutzmaßnahmen in Einrichtungen der Behindertenhilfe verpflichtend umgesetzt werden, die Umsetzung Mindeststandards entspricht und kontrolliert wird.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

12. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes**Beschreibung:**

Der bff begrüßt das Vorhaben, von häuslicher Gewalt bedrohte hoch gefährdete Frauen besser zu schützen, hält jedoch die im Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen für verbesserungswürdig.

Referentenentwurf:

Erstes Gesetz zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 02.12.2024

Federführendes Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412180168 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

13. **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz**

Beschreibung:

Der bff begrüßt das Ansinnen, den Gewaltschutz zu verbessern. Allerdings fordert er die Einbettung der geplanten Maßnahmen in ein Gesamtkonzept.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 25.08.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GewSchG [alle RV hierzu]; FamFG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; BGBEG [alle RV hierzu]; EUGewSchVG [alle RV hierzu]; WaffRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510090001 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

14. **Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor so genannten K.o.-Tropfen**

Beschreibung:

Der Referentenentwurf reagiert auf eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs, nach der bei einem sexuellen Übergriff so genannte K.o.-Tropfen nicht als "gefährliches Werkzeug" im Sinne des §177Abs.8Nr1 StGB zu werten seien. Es soll eine Klarstellung erfolgen, die eine Bestrafung gemäß dem Unrechtsgehalt solcher taten ermöglicht, was der bff begrüßt.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.-o.-Tropfen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 24.11.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512220102 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Glinkastraße 24, 10117 Berlin

Betrag: 950.001 bis 960.000 Euro

1) Förderung der Bundeskoordinierungsstelle des bff (Bundeszuwendung des BMFSFJ aus Kapitel 1703 Titel 68426 zur Durchführung gleichstellungspolitischer Vorhaben)

Aufgaben sind u.a. die Unterstützung der Fachberatungsstellen bundesweit, interdisziplinäre Zusammenarbeit gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Öffentlichkeitsarbeit

2) Förderung des Projektes "make it work - then make it better! Bei Gewalt am Arbeitsplatz gibt es Hilfe" (Bundeszuwendung des BMFSFJ aus Kapitel 1703 Titel 68424 zur Durchführung gleichstellungspolitischer Vorhaben). Thema: Verbesserung der Sensibilisierung und Unterstützung bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

3) Förderung des Projektes "Aktiv gegen digitale Gewalt - Konzepte gegen digitale Gewalt im sozialen Umfeld und im öffentlichen Raum" (Bundeszuwendung des BMFSFJ aus Kapitel 1703 Titel 68424 zur Durchführung gleichstellungspolitischer Vorhaben). Thema: Unterstützung von Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt im digitalen Raum.

2. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Das Projekt: "Suse – Gewaltschutz in Einrichtungen: Gewaltfrei leben und arbeiten" will den Gewaltschutz in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen verbessern. Mit Expert*innen aus der Praxis, der Selbstvertretung und der Behindertenhilfe entwickelten wir Mindeststandards für Gewaltschutzkonzepte nach § 37a. An fünf Modellstandorten füllen bff-Fachberatungsstellen diese Standards gemeinsam mit den Bewohner*innen, Beschäftigten, den Mitarbeitenden und den Leitungen aus Einrichtungen vor Ort mit Leben. Das im Projekt entwickelte Wissen soll bundesweit auf vielfältigen Wegen verbreitet und zugänglich gemacht werden. Angedacht sind Veröffentlichungen von Informationen und Material, Veranstaltungen und Austauschformate. Das Projekt will Interessenvertreter*innen stärken und ermutigen.

Fachberatungsstellen werden im Projekt gestärkt und qualifiziert, so dass der Zugang für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderungen nachhaltig unterstützt und verbessert werden kann.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. CMS Stiftung

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Co-Finanzierung des Projektes „Suse – Gewaltschutz in Einrichtungen: Gewaltfrei leben und arbeiten“.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

70.001 bis 80.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[EUe2024-VR.pdf](#)